

Bericht aus dem Bundeshaus

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **168 (2002)**

Heft 9

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Fragestunden im Nationalrat

Bundesrat Samuel Schmid, Chef VBS, musste in der **Sommersession 2002** folgende Fragen beantworten:

■ Frage Nationalrat J. Alexander Baumann (SVP) zu Rückzug der im Kosovo engagierten Truppen

Nationalrat Baumann wollte wissen, warum die Schweiz den Bestand seiner im Kosovo eingesetzten Truppe von 160 um 60 Armeeingehörige erhöht, obwohl Presseberichten zufolge diese Truppe ohne eigentliche Arbeit dort ist.

Bundesrat Samuel Schmid antwortete u. a., dass die **Swisscoy ab Oktober 2002** um einen **mechanisierten Infanteriezug** verstärkt wird. Dadurch kann die Grundanforderung des **Selbstschutzes**, die jedem militärischen Verband obliegt, **eigenständig** wahrgenommen werden.

Bis zur Abstimmung vom 10. Juni 2001 betreffend die Bewaffnung im Friedensförderungsdienst war die **Swisscoy** in dieser Hinsicht von ihren Partnern abhängig.

Zudem wies der Chef VBS darauf hin, dass Aussagen allfälliger Presseberichte, gemäss denen die **Swisscoy** «unterbeschäftigt herumsitzt», **nicht zutreffen**. Die Schweizer Armee ist im Kosovo, weil sie einen notwendigen solidarischen Beitrag zur Friedensförderung leistet und weil sie als verlässlicher Partner unserer österreichischen Nachbarn **militärisch unverzichtbare Leistungen** erbringt.

■ Frage Nationalrätin Anne-Catherine Menétrey-Savary (GPS) zu Militärischer Zusammenarbeit mit Israel

Der Bundesrat hat das VBS am **10. April 2002** beauftragt, mögliche Mittel zur Einschränkung der militärischen Zusammenarbeit mit Israel, namentlich bei der Planung der künftigen Beschaffung von Armeematerial, zu prüfen. Nationalrätin Menétrey-Savary wollte in Erfahrung bringen, wann die **Resultate der Abklärung** vorliegen.

Diese Überprüfung sei **permanenter Natur** und nicht Gegenstand eines spezifischen Berichts zu einem bestimmten Zeitpunkt, erwähnte Bundesrat Schmid. Es geht darum, als integralen Teil der allgemeinen Rüstungsplanung, und ganz besonders bei der Erarbeitung der jährlichen Rüstungsprogramme, zu prüfen, inwieweit von der Armee benö-

tigtes Material statt aus Israel aus anderen Ländern beschafft werden kann. Die wichtigsten Kriterien dabei sind die Bedürfnisse der Armee, die internationale Angebotslage und die politischen Rahmenbedingungen.

■ Frage Nationalrat Hans Widmer (SP) zu Armeewaffen. Statistik über missbräuchliche Verwendung

Bei Gewalten in der Schweiz werden immer wieder Dienstwaffen der Armee verwendet. Der Armee bzw. dem VBS ist es aber offenbar **nicht möglich**, eine **Statistik** über die missbräuchliche Verwendung der Armeewaffen zu errichten, weil die kantonalen Polizeistellen aus **Gründen des Datenschutzes** diesbezügliche Angaben unter Verschluss halten. Können die kantonalen Polizeidirektionen nicht eingeladen werden, diese Daten in **anonymisierter Form** freizugeben, damit die Bedeutung der Armeewaffen bei Gewalttaten definiert werden kann?

Nach Chef VBS liegt das heutige Problem in Bezug auf die Erfassung missbräuchlicher Verwendungen der Armeewaffe u. a. daran, dass in den **bestehenden kantonalen Datenbanken über Straftaten**, die mit Schusswaffen begangen worden sind, **keine Unterscheidung** zwischen Armee- und andern Schusswaffen erfolgt. Dazu kommt, dass die polizeilichen Daten **dezentral** in den Kantonen erfasst werden, was den Zugang und die Gesamtübersicht erschwert.

Aus diesen Gründen soll in der laufenden **Revision des Waffengesetzes** u. a.

– die **formelle Rechtsgrundlage** für eine zentrale Datenbank im Bundesamt für Polizei geschaffen und

– eine **Bestimmung** eingefügt werden, um den **gegenseitigen Informationsfluss** zwischen zivilen und militärischen Behörden über Waffenmissbräuche zu verbessern.

Der Entwurf für die Revision des Waffengesetzes wird voraussichtlich im **Spätsommer 2002** in die **Vernehmlassung** geschickt.

■ Frage Nationalrat Kurt Wasserfallen (FDP) zu Drogen in der Armee

Gemäss Nationalrat Wasserfallen lassen die jüngsten Drogenvorkommnisse in der Armee aufhorchen. Er wollte u. a. wissen, was konkret dagegen **vorgekehrt** werden kann. Wird nach einer allfälligen **Legalisierung des Haschischkonsums** das Kiffen in der Armee **verboten**?

Bundesrat Schmid wies darauf hin, dass die Armee ihre Fachspezialisten aus der Untergruppe Sanität, dem Psychologisch-Pädagogischen Dienst der Armee und der militärischen Unfallverhütung auch für die Drogenprävention einsetzt. Seit 1991 hat die Militärische Unfallverhütungskommission (MUVK) **fünf Aktionen** gegen den Drogenkonsum lanciert. Sie **publiziert** auch häufig **Artikel** in der Unfallverhütungszeitung «Intus» und im Internet.

Immer wieder werden durch die **Schul- und Truppenkommandanten** in Zusammenarbeit mit der Militär- und Zivilpolizei **Kontrollen** durchgeführt. In den Jahren 2000 und 2001 betrafen im Durchschnitt **34 Prozent** aller Disziplinarstrafen in Rekrutenschulen Drogendelikte; das zeigt, dass die Schulkommandanten entsprechend **sensibilisiert** sind und ein fehlbares Verhalten bestrafen.

Seit Juli 2000 gilt nach **Weisung des Chefs Heer** für die **militärischen Motorfahrzeugführer** ein absolutes Drogenverbot. Nach dem Einrücken **unterschreiben** die Fahrer eine entsprechende **Erklärung**. Zuwiderhandlungen werden nebst der strafrechtlichen Verfolgung zusätzlich mit einem temporären Fahrverbot von drei Wochen bis hin zum Entzug der militärischen Fahrberechtigung geahndet.

Bundesrat Schmid erwähnte ferner, dass auch nach einer allfälligen Strafbefreiung des Cannabiskonsums für die Angehörigen der Armee ein **Konsumverbot während der Dienst- bzw. Arbeitszeit** gelten soll. Für die Motorfahrzeugführer wird das generelle Cannabiskonsumverbot aufrechterhalten. Wie weit dieses Verbot auch auf andere Angehörige der Armee, die mit gefährlichen Vorrichtungen betraut sind, ausgedehnt werden soll, ist noch Gegenstand von Abklärungen.

Neue parlamentarische Vorstösse

An der Sommersession 2002 sind wiederum zahlreiche parlamentarische Vorstösse eingereicht worden. Folgende betreffen das VBS (Federführung):

■ Motion Nationalrätin Anita Fetz (SP) zu Fanprojekte für Gewaltprävention und Jugendintegration im Fussball

Mit der Motion wird verlangt, dass der Bund Fussball-Fanprojekte in der ganzen Schweiz unterstützt, die auf die Gewaltpräven-

tion und Integration insbesondere von Jugendlichen ausgerichtet sind. Der Bundesrat soll dazu die notwendigen Kredite bis maximal Fr. 500 000.– (total), verteilt auf die Jahre 2004 bis 2008, im Budget einstellen, wenn sich der Schweizerische Fussballverband und/oder dessen Kammer «Nationalliga» mit einem namhaften finanziellen und organisatorischen Beitrag an der Aktion beteiligt. Die freigestellten Mittel sollen an jene Fussballvereine fliessen, die langfristig und professionell angelegte Fanprojekte initiieren.

■ Postulat Aussenpolitische Kommission des Nationalrates (APK-N) zu Sistierung der Käufe von Militärgütern aus Israel

Die APK-N ersucht den Bundesrat, eine Sistierung der Käufe von Militärgütern aus Israel und die militärisch-technische Zusammenarbeit mit Israel in Erwägung zu ziehen, sofern und für so lange als Israel nicht bereit ist, seinen Verpflichtungen auf Grund der von ihm ratifizierten Genfer Konventionen und ihrer Zusatzprotokolle nachzukommen.

■ Postulat Nationalrat Peter Jossen-Zinsstag (SP) zu Potenzialen der Minenräumung

Nationalrat Jossen-Zinsstag lädt den Bundesrat ein, einen Bericht zu erstellen, welcher die Potenziale der schweizerischen Exportindustrie, namentlich der Rüstungsindustrie, im weltweiten Markt der Minenräumung darstellt.

■ Postulat Nationalrat Adrian Imfeld (CVP) zu Bundesfahrzeuge mit Erdgas betreiben

Nach Nationalrat Imfeld soll der Bundesrat prüfen, ob es mit vertretbarem Aufwand möglich wäre, die Fahrzeugflotte des Bundes oder zumindest einen Teil davon mit Erdgas zu betreiben.

■ Postulat Ständerätin Helen Leumann (FDP) zu Standort des Kommandos der höheren Kaderaus- und Weiterbildung der Schweizer Armee (HKA)

Mit ihrem Vorstoss ersucht Ständerätin Leumann den Bundesrat, dafür zu sorgen, dass das Kommando der höheren Kaderaus- und Weiterbildung der Armee (HKA) im Raum Luzern angesiedelt wird. Zurzeit wird nämlich analysiert, ob das Kommando der HKA in Luzern oder in Bern angesiedelt werden soll. Das Ergebnis ist im Sommer 2002 zu erwarten.

■ Postulat Nationalrat Josef Leu (CVP) zu Standort des Kommandos der höheren Kaderaus- und Weiterbildung der Schweizer Armee (HKA)

Nationalrat Leus Postulat ist gleich lautend wie der Vorstoss von Ständerätin Leumann (siehe oben).

■ Postulat Ständerätin Michèle Berger-Wildhaber (FDP) zu Kriegsmunition

Der Bundesrat solle alles unternehmen, so Ständerätin Berger-Wildhaber, damit die Taschenmunition aus Sicherheitsgründen nicht mehr zu Hause aufbewahrt wird.

■ Interpellation Nationalrat Simon Schenk (SVP) zu Zwischenbilanz bei der Bekämpfung des Dopings

Nationalrat Schenk weist darauf hin, dass anlässlich der Revision des Heilmittelgesetzes im Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport auch Massnahmen im Dopingwesen enthalten sind. Seit dem 1. Januar 2002 ist die Eidgenössische Sportkommission für die Überwachung der Dopingkontrollen verantwortlich.

Wenn Dopingfälle – sei es offiziell oder durch Indiskretionen – den Weg in die Öffentlichkeit finden, lösen sie jeweils grosse Empörung und Reaktionen aus. Teilweise werden Sportler auch voreilig in der Öffentlichkeit verurteilt. Das Dopingproblem gilt es ernst zu nehmen und ist und wird von den Sportverbänden eigenverantwortlich angepackt. Um Generalisierungen und Vorverurteilungen einzuschränken, könnten eine gut koordinierte Informationspolitik und Statistikdaten des Bundes im Dopingbereich helfen.

Nationalrat Schenk will u. a. wissen,

– ob es eine Dopingstatistik gibt und wie diese gegliedert ist;
– in welcher Form offiziell über Dopingkontrollen und Dopingvergehen orientiert wird und
– ob vorgesehen ist, auch die eidgenössischen ParlamentarierInnen zu informieren.

■ Interpellation von Nationalrat Ulrich Schlüer (SVP) zu Zukunft der schweizerischen Luftwaffe

Nationalrat Schlüer erwähnt u. a., dass die klassischen Aufgabenbereiche der Luftwaffe die Kontrolle des Luftraumes, Luftverteidigung, Lufttransport, Aufklärung und operatives Feuer sind. Darauf wird sich unsere Luftwaffe auch in den nächsten Jahren konzentrieren müssen.

Gemäss Aussagen des Stv Kdt LW (Facts 9/2002) und des Chefs Stab Kdt LW wäre die Schweiz zurzeit nicht in der Lage, ihren Luftraum selbstständig zu schützen. Auch eine interne, noch nicht

veröffentlichte Konzeptionsstudie besagt, dass ein Abriegeln des Schweizer Luftraums im grösseren Umfang heute nicht möglich ist. Zudem muss der realistischen Vorstellung Platz gemacht werden, dass die Schweiz im Kriegsfall in-nerter kurzer Zeit über keine eigenen Flugplätze mehr verfügen wird.

Nationalrat Schlüers Fragen sind:

– Teilt der Bundesrat die Analyse in Bezug auf die gesteigerte Bedeutung der Luftwaffe?

– Wie gedenkt der Bundesrat die Effizienz der heute offenbar nicht in allen Teilen genügenden Luftwaffe zu verbessern?

– Erachtet es der Bundesrat noch als Ziel, unter Umständen die Sicherung des eigenen Luftraumes auch aus eigener Kraft zu bewerkstelligen?

– Wie will der Bundesrat in Zukunft die Luftherrschaft über die Schweiz bewahren, wenn in einem ernstesten Konflikt die schweizerischen Flugplätze zerstört oder zumindest unbenutzbar würden?

■ Interpellation Nationalrätin Pia Hollenstein (SP) zu Abgabe von Schusswaffen an abtretende Armeemitglieder

Wenn Schusswaffen in privaten Haushalten vorrätig sind, bedeutet dies eine potenzielle Gefährdung der Bevölkerung durch Fehlmanipulation, Spielen von Kindern und Jugendlichen sowie dem bewussten Missbrauch der Waffe. Nationalrätin Hollenstein ist deshalb der Ansicht, dass in Zukunft auf die Abgabe von Schusswaffen an abtretende Militärdienstleistende verzichtet werden soll. In diesem Zusammenhang stellt sie dem Bundesrat verschiedene Fragen wie:

– Wie viele Schusswaffen, die abtretenden Wehrdienstleistenden zur Verfügung gestellt wurden, sind heute im Umlauf? Wie teilt sich diese Zahl in Pistolen, Karabiner und Sturmgewehre auf?

– Wie unterbindet das VBS den Handel und die Weitergabe ehemals militärischer Schusswaffen insbesondere ins Ausland?

– Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, die zunehmende europäische und internationale Mobilität mache eine Überprüfung dieser langjährigen Tradition nötig, weil der Missbrauch früherer Armeewaffen in europäischen und anderen Krisengebieten zu befürchten ist?

■ Einfache Anfrage Nationalrat Hans Widmer (SP) zu Expo und Armee

Nationalrat Widmer erwähnt, dass sich die Armee erfreulicherweise an der Expo.02 nicht mar-

zialisches in den Vordergrund stellt, sondern als ein Bestandteil unter anderen, mit denen Sicherheit entsteht. Dies wird einem eindrücklich in der «Werft» in Meyriez gezeigt. Im Hintergrund wirkt jedoch die Armee an zahlreichen Orten der Expo.02 und unterstützt sie logistisch, wie sie schon beim Aufbau der Landesausstellung mitgeholfen hat. In letzter Zeit zirkulieren unterschiedliche Zahlen über die realen Kosten dieses Armee-Engagements. Ist der Bundesrat in der Lage, die Frage zu beantworten, was die Expo.02 privaten Anbietern hätte bezahlen müssen für alle jene Leistungen, welche die Armee erbringt?

■ Einfache Anfrage Alex Heim (CVP) zu Stimmen beim Lehrlingsturnen

Nationalrat Heim weist darauf hin, dass aus einzelnen Kantonen immer wieder zu hören ist, dass es bezüglich der wöchentlichen Lehrlingsturnstunde Probleme gibt. In den letzten Jahren musste im westlichen Teil des Kantons Solothurn wegen fehlender Hallen auf das Lehrlingsturnen verzichtet werden. Ab Herbst 2004 muss jedoch allen Lehrlingen im Kanton Solothurn die wöchentliche Turnstunde wieder angeboten werden. Nationalrat Heim bittet den Bundesrat um Beantwortung folgender Fragen:

– Wie steht es gesamtschweizerisch mit dem Lehrlingsturnen?

– Was gedenkt der Bundesrat mit jenen Kantonen zu tun, welche sich nicht gesetzeskonform verhalten?

– Soll die wöchentliche Turnstunde nicht besser durch eine Sportprojektwoche ersetzt werden?

– Gibt es Kantone, die das Lehrlingsturnen bereits in diesem Sinn durchführen, und lassen die heute gültigen Gesetze ein solches Angebot überhaupt zu?

■ Einfache Anfrage Nationalrätin Barbara Haering (SP) zu Umsetzung VBS XXI

Nach Nationalrätin Haering schrieb das VBS im «Schweizerischen Handelsamtsblatt» vom 24. August 2001 ein umfassendes Mandat zur externen Projektleitung VBS XXI aus. Da es sich um eine öffentliche Ausschreibung gemäss WTO handelte, kann davon ausgegangen werden, dass das Kostendach dieses Auftrags auf über Fr. 250 000.– geschätzt wurde. Die Frist zur Einreichung einer entsprechenden Offerte war allerdings für ein so umfassendes Mandat aussergewöhnlich kurz angesetzt. Als Kontaktperson wurde in

der Offertausschreibung U. Rusterholz, Gruppe Rüstung, genannt.

Gemäss Aussage des VBS-Generalsekretärs anlässlich des ParlamentarierInnen-Seminars vom 11. Juni 2002 wurde dieses Mandat bis heute jedoch nicht vergeben. Als Grund für diese Verzögerung wurde eine interne Überprüfung der Umsetzungsplanung angegeben, welche den Umfang des externen Mandats entscheidend verkleinern wird.

In diesem Zusammenhang hat Nationalrätin Haering verschiedene Fragen (zur aktuellen Planung, zu Veränderungen, Revisionsgründen, Offerten, zur Neuausschreibung Vergabe und Federführung) gestellt.

Zusatzbotschaft zum Rüstungsprogramm 2002

Mit der Zusatzbotschaft werden **3 Chassis-trainer und 7 Turm-trainer** für die Ausbildung der Besatzungen und Truppenhandwerker der Schützenpanzer 2000 beantragt. Deren Kosten belaufen sich auf **37 Mio. Franken**.

Die engen Platzverhältnisse innerhalb eines Echtpanzers sind eine **schlechte Voraussetzung** für eine effiziente Ausbildung. Dafür sind die Turm- und Chassis-trainer wesentlich besser geeignet. Hier können **gleichzeitig mehrere Besatzungen** unterrichtet werden. Die Trainer erlauben es, Pannen zu simulieren und die möglichen Reaktionen darauf zu schulen, was im Echtssystem nicht möglich ist.

Vorgesehen war, diese Trainer zusammen mit dem zweiten Los Schützenpanzer 2000 im Rahmen des Rüstungsprogramms 2002 zu beschaffen. Auf Grund des veränderten Bedarfs und aus **finanziellen Gründen** wird auf die Beschaffung des zweiten Loses Schützenpanzer 2000 **verzichtet**. Die Ausbildungsmittel, die zusammen mit dieser Serie hätten beschafft werden sollen, werden aber unabhängig von der letztlich beschafften Stückzahl benötigt.

Mit der Zusatzbotschaft soll das VBS ermächtigt werden, die Ausbildungsmittel für den Schützenpanzer 2000 für 37 Mio. Franken zu beschaffen, verbunden mit der Auflage, dass derselbe Betrag im Rahmen des Rüstungsprogramms 2000 gesperrt wird. Die im Rüstungsprogramm 2002/2 beantragte Investition wird somit im Rüstungsprogramm 2000 kompensiert und ist damit kreditneutral. ■